



Rezension der Publikation: Hanna Kozińska-Witt, , Marcos Silber, *Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, ISBN 978-3-525-36937-1

Rezension von: Dr. Börries Kuzmany
Redaktionell betreut von: Dr. Christoph Schutte
Erscheinungsdatum: 11.11.2014
DOI: 10.11584/opus4-1176

Diese Rezension widmet sich einem der Schwerpunkte des zehnten Bandes des *Jahrbuchs des Simon-Dubnow-Instituts*. Auf rund zweihundert Seiten (S. 113-306) sind neun Beiträge einer im Mai 2009 in Leipzig veranstalteten Konferenz versammelt, die den jüdischen Anteil an der Lokalpolitik in Ostmitteleuropa zum Thema hatte. Für alle Forscherinnen und Forscher, die sich mit Stadtgeschichte beschäftigen, sind diese Beiträge wertvoll, da sie die Rolle von Juden im politischen Diskurs des östlichen Europas beleuchten. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf der bürgerrechtlichen Integration aller Stadtbürger lag, zirkulierte man in Osteuropa viel stärker um die ethno-konfessionelle Dimension der Einbindung von Juden.

Zwar sind die meisten Beiträge für sich genommen sehr wertvoll, dennoch leidet dieser Stadtgeschichteschwerpunkt an den typischen Problemen von Sammelbänden. Die Breite der Themen reicht von der aktiven Beteiligung von jüdischen Abgeordneten an der Lokalpolitik über Analysen zur Berücksichtigung von Juden im Wahlrecht bis zum Kampf gegen Antisemitismus. Es erfolgt jedoch keine Synthese oder das Erstellen gemeinsamer Muster, auch wenn sich die Hrsg. Hanna Kozińska-Witt und Marcos Silber bemühen, zwei Leitfragen herauszustreichen: Welche Gruppen von Juden waren überhaupt politisch repräsentiert? Was war der Inhalt der Arbeit jüdischer Stadträte? Als weitere allgemeine Analyseebene hätte sich die Etablierung demokratischer Gepflogenheiten in der Lokalpolitik angeboten, etwa die nur sehr unregelmäßig stattfindenden Lokalwahlen im Polen der Zwischenkriegszeit.

Auch der zeitliche und räumliche Rahmen läuft etwas auseinander. Der Untersuchungszeitraum reicht vom 19. Jh. bis zur Zwischenkriegszeit. So klug es ist, das Jahr 1918 nicht als absolute Scheidelinie zu nehmen, so gehen doch nur Silber, Waclaw Wierzbieniec und Gábor Schweitzer auf Kontinuitäten zwischen der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg ein. Die anderen Beiträge beschäftigen sich entweder mit dem Davor oder dem Danach.

Die Hrsg. legten bei der räumlichen Zusammenstellung der Artikel einen Schwerpunkt auf das Gebiet der Zweiten Polnischen Republik. So bleibt der ausgezeichnete Beitrag von Alexis Hofmeister zur Integration von Juden in die politischen und administrativen Strukturen der Stadt Odessa allein und lässt die Frage nach anderen Beispielen aus dem Zarenreich oder der Sowjetunion unbeantwortet. Auch der äußerst aufschlussreiche Beitrag von Schweitzer über die Versuche, in der Zwischenkriegszeit die seit 1870 bestehende starke Repräsentation von Juden in den ungarischen Gemeinderäten durch eine Verbreiterung des Wahlrechts zu reduzieren, passt nicht so recht zum räumlichen Schwerpunkt. Dasselbe gilt für Saulius Kaubrys Artikel zu Litauen in der Zwischenkriegszeit sowie für Albert Lichtblaus Beitrag über drei zionistische Abgeordnete im Wien der 1920er Jahre.

Den Kern dieses Stadtgeschichteschwerpunkts stellen also fünf Beiträge zur Partizipation von Juden in mehrheitlich polnischen Städten dar. Heidi Hein-Kircher beleuchtet die Entwicklung im habsburgischen Lemberg, geht allerdings auch auf die generellen Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung in Galizien ein. Ihre Kernthese ist, dass es in Lemberg niemals zu einer vollständigen politischen und rechtlichen Integration der jüdischen Bevölkerung gekommen sei, sondern nur zu einer Einbeziehung der assimilierten jüdischen Oberschicht. Aber selbst diese war bei Fragen städtischen Eigentums nur teilweise mitspracheberechtigt, da die Stadt Lemberg kommunales Eigentum als „christliches Eigentum“ verstand. Besonders verdienstvoll ist, dass Hein-Kircher zeigt, dass selbst nach der bürgerlichen Gleichstellung der Juden durch die österreichische Verfassung von 1867 die Beschränkung der Anzahl jüdischer Abgeordneter im Lemberger Stadtstatut von 1870 rechtlich möglich war.

Wierzbieniec zeigt anhand der drei Städte Lemberg, Przemyśl und Rzeszów den Umgang mit dem galizischen Erbe in der Zwischenkriegszeit. Solange die Funktionsperiode der Gemeinderäte stets nur verlängert wurde – in Lemberg etwa fanden erst 1934 die ersten Wahlen seit 1913 statt –, dominierten Assimilierte und Religiöse die jüdische Repräsentanz in den Gemeinderäten. Nationaljüdische Abgeordnete bekamen häufig erst mit den Sanacja-Regierungen und den sogenannten „Nationalitätenblöcken“ aus Zionisten, ukrainischen Nationaldemokraten und regierungstreuen Polen mehr Gewicht.

Silber und Kozińska-Witt widmen ihre Beiträge der Stadt Warschau. Silber untersucht dabei die jüdisch-polnischen Aushandlungsprozesse unter deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg. Der Warschauer Stadtrat hatte in der zeitgenössischen polnischen Wahrnehmung die Aufgabe, nicht nur die Interessen der Stadt zu vertreten, sondern auch jene eines künftigen Polens. Daher vertraten selbst liberale polnische Politiker die Meinung, dass in einem solchen repräsentativen Gremium Juden nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Warschau 40 Prozent der Mandate erhalten dürften, sondern maximal 10 bis 15, was eher ihrem Anteil im gesamten Land entsprach. Dass die jüdische politische Elite dieser eklatanten Benachteiligung zustimmte, lag nicht nur an ihrer gesamt-polnischen Solidarität, sondern vor allem daran, dass sie an diesem Aushandlungsprozess beteiligt und somit als legitimer Verhandlungspartner anerkannt wurde.

Die Rolle der Juden im Warschauer Stadtparlament in der Zwischenkriegszeit beschreibt Kozińska-Witt. Sie unterstreicht den geringen Handlungsspielraum der Warschauer Kommunalpolitik, da die Stadt direkt dem durchaus interventionsfreudigen Innenministerium unterstellt war und nicht, wie alle andere Kommunen, den jeweiligen Woiwoden. Wenn auch stets ein Jude im Stadtpräsidium, also im kommunalen Exekutivorgan, vertreten war, so war auf Grund der starken Stellung der antisemitischen Rechtsparteien (vor allem der Endecja) die Verteidigung jüdischer Interessen schwierig.

Michał Trębacz erweitert die Perspektive um die politischen Strategien des Jüdischen Arbeiterbundes in der Industriestadt Łódź in der Zwischenkriegszeit. Mit rund 20 Prozent aller von Juden abgegebenen Stimmen war der Bund als Einzelakteur zu schwach. Durch Wahlabsprachen und später direkten Kooperationen mit polnischen und deutschen Sozialdemokraten erwies sich der Bund jedoch als durchaus erfolgreich bei der Durchsetzung von Klasseninteressen, v.a. in Bildungs- und Kulturangelegenheiten.

Abschließend lässt sich sagen, dass man nach der Lektüre des Schwerpunkts nicht unbedingt ein klareres Verständnis für die Partizipationsmuster von Juden in den lokalen Selbstverwaltungsorganen Ost(mittel)europas im Allgemeinen hat. Für die jeweiligen Stadtgeschichten sind die Einzelbeiträge jedoch von großem Wert.

Diese Rezension erschien zuerst in der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 63 (2014) H. 2.

Diese Rezension erschien ursprünglich auf www.pol-int.org.